



2010

# Statistik Kommunal

## Satteldorf



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

127073

## Impressum

---

### Statistik Kommunal 2010

Artikel-Nr. 8035 10001

Herausgeber und Vertrieb  
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Preis  
7,00 Euro zuzüglich Versandkosten

Fotonachweis  
Mit freundlicher Genehmigung:  
Westermann Schulbuchverlag GmbH,  
Braunschweig

© Statistisches Landesamt  
Baden-Württemberg, Stuttgart, 2010

Vervielfältigung und Verbreitung, auch  
auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

---

2010

# Statistik Kommunal

## Satteldorf

## **Entwicklung und Realisierung**

■ **Projektleitung:** Cornelia Schwarck ■ **Datenaufbereitung und Programmierung:** Martin Winter ■ **Redaktion:** Regina Koch-Richter ■ **Technik/DTP:** Claudia Hierath, Wolfgang Krentz ■ Und mit inhaltlicher Unterstützung der Fachreferate!

## Einführung und Inhalt

Zum vierten Mal erscheint die themenübergreifende Publikation „Statistik Kommunal“ für die 1 102 Gemeinden Baden-Württembergs. Gemeinderelevante Daten werden in knapper und übersichtlicher Form dargestellt. 15 Tabellen und 10 Schaubilder bieten wichtige statistische Informationen für jede einzelne Gemeinde Baden-Württembergs. Kurze, allgemein verständliche Texte zu den 10 Kapiteln – mit Landeswerten zum Vergleich – runden die Publikation ab.

Das Spektrum der Themen reicht von „Bevölkerung“ über „Wahlen“, „Beschäftigung und Arbeitsmarkt“ sowie „Verkehr“ bis hin zu „Gemeindefinanzen“. Die Kenngrößen werden zum jeweils aktuellen verfügbaren Stand dargestellt. Die zeitliche Entwicklung ist aus dem kurzfristigen Vergleich (zum Vorjahr) und langfristig abzulesen. Gelegentliche Ausnahmen von dem Prinzip des kurz- und langfristigen Vergleichs sind zum Beispiel durch Statistiken bedingt, in denen zwischen den einzelnen Erhebungszeitpunkten längere Zeiträume liegen.

Für „Statistik Kommunal“ wurden Daten aus der Struktur- und Regionaldatenbank des beim Statistischen Landesamt geführten Landesinformationssystems Baden-Württembergs verwendet. Bei einzelnen Gemeinden kann es vorkommen, dass einige Ergebnisse der statistischen Geheimhaltung unterliegen und nicht ausgewiesen werden können. Die Veröffentlichung ermöglicht dem Leser dennoch, sich umfassend über seine Gemeinde zu informieren und diese im Vergleich einzuordnen. Weitere Gemeindedaten entnehmen Sie bitte unserem Internetangebot: [www.statistik-bw.de](http://www.statistik-bw.de) und ebenfalls dem darin enthaltenen „Demografie-Spiegel“.

Gemeindedaten im Überblick .....	4
Zeichenerklärung .....	6
Fläche.....	7
Bevölkerung.....	8
Wahlen .....	10
Wohnen .....	11
Bildung.....	12
Beschäftigung und Arbeitsmarkt.....	13
Landwirtschaft .....	14
Gemeindefinanzen und Personal .....	15
Wasserwirtschaft .....	16
Verkehr .....	17
Fußnoten .....	18
Erläuterungen und Definitionen.....	19

## Gemeindedaten im Überblick ...

	Einheit	Gemeinde
<b>Fläche</b>		
Fläche insgesamt 2009	ha	4 621
<b>Bevölkerung</b>		
Bevölkerung Ende 2009	Anzahl	5 223
Geburtenüberschuss bzw. -defizit 2009	Anzahl	+ 2
Wanderungsgewinn bzw. -verlust 2009	Anzahl	- 19
Bevölkerungszu-/abnahme 2009	Anzahl	- 17
<b>Wohnen</b>		
Wohngebäude 2009	Anzahl	1 488
Wohnungen 2009 <sup>1)</sup>	Anzahl	2 202
<b>Bildung<sup>2)</sup></b>		
Schüler an allgemeinbildenden Schulen insgesamt 2009/2010	Anzahl	340
Schüler an Grund- und Hauptschulen 2009/2010	Anzahl	286
Schüler an Realschulen 2009/2010	Anzahl	-
Schüler an Gymnasien 2009/2010	Anzahl	-
Übergänge auf weiterführende Schulen insgesamt 2009/2010	Anzahl	.
<b>Beschäftigte und Arbeitsmarkt<sup>3)</sup></b>		
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2009	Anzahl	2 453
Pendlersaldo 2009	Anzahl	+ 471
Arbeitslose insgesamt 2009	Anzahl	101
Arbeitslose Frauen 2009	Anzahl	45
<b>Landwirtschaft</b>		
Landwirtschaftliche Betriebe 2007	Anzahl	79
Landwirtschaftlich genutzte Fläche 2007	ha	2 675
<b>Tourismus</b>		
Beherbergungsstätten ab 9 Betten 2009	Anzahl	5
Schlafgelegenheiten insgesamt 2009	Anzahl	130
Ankünfte insgesamt 2009	Anzahl	6 752
Übernachtungen von Gästen insgesamt 2009	Anzahl	12 427
Übernachtungen von Gästen mit Wohnsitz im Ausland 2009	Anzahl	3 365
<b>Gemeindefinanzen</b>		
Steuerkraftmesszahl 2009	1 000 EUR	4 255
Steuerkraftsumme 2009	1 000 EUR	5 129
Schuldenstand 2009	1 000 EUR	-
Gewerbesteuerhebesatz 2009	%	360
<b>Verkehr</b>		
Kraftfahrzeugbestand 2009	Anzahl	4 479
Straßenverkehrsunfälle 2009 <sup>4)</sup>	Anzahl	45
Verunglückte Personen 2009	Anzahl	36

## ... und im Vergleich

	Einheit	Gemeinde	Landkreis	Land
<b>Fläche</b>				
Siedlungs- und Verkehrsfläche 2009	%	15	11	14
Waldfläche 2009	%	18	32	38
Landwirtschaftsfläche 2009	%	64	56	46
<b>Bevölkerung</b>				
Ausländeranteil 2009	%	4	7	12
Durchschnittsalter 2009	Jahre	40,4	41,7	42,5
Bevölkerungsdichte 2009	Einw/km <sup>2</sup>	113	127	301
<b>Bundestagswahl 2009</b>				
Wahlbeteiligung	%	68,2	68,4	72,4
Zweitstimmenanteil der Parteien:				
CDU	%	33,0	33,1	34,4
SPD	%	18,3	18,8	19,3
FDP	%	18,5	18,2	18,8
GRÜNE	%	13,3	14,4	13,9
DIE LINKE	%	8,1	8,0	7,2
<b>Wohnen</b>				
Anteil Einfamilienhäuser an Wohngebäuden 2009	%	71	66	58
Wohnfläche je Einwohner 2009	m <sup>2</sup>	45	44	43
<b>Bildung<sup>2)</sup></b>				
Übergänge auf Hauptschulen 2009/2010	%	.	30	25
Übergänge auf Realschulen 2009/2010	%	.	37	34
Übergänge auf Gymnasien 2009/2010	%	.	33	40
<b>Beschäftigte und Arbeitsmarkt<sup>3)</sup></b>				
Beschäftigte im Produzierenden Gewerbe 2009	%	82	46	39
Beschäftigte im Handel, Gastgewerbe und Verkehr 2009	%	11	17	21
Beschäftigte im sonstigen Dienstleistungsbereich 2009	%	6	36	41
<b>Tourismus</b>				
Durchschnittliche Auslastung der Schlafgelegenheiten 2009	%	26	25	33
Durchschnittliche Aufenthaltsdauer 2009	Tage	1,8	2,2	2,6
<b>Gemeindefinanzen</b>				
Steuerkraftmesszahl je Einwohner 2009	EUR	809	744	857
Schuldenstand je Einwohner 2009	EUR	–	723	883
<b>Wasserwirtschaft</b>				
Trinkwasserverbrauch je Einwohner 2007	Liter/Tag	96	116	116
Gesamtpreis für Trink- und Abwasser 2010	EUR/m <sup>3</sup>	4,35	4,96	4,16
<b>Verkehr</b>				
Pkw je 1 000 Einwohner 2009	Anzahl	629	554	527

## Abkürzungen

AK-E – Arbeitskraft-Einheiten

Einw. – Einwohner

EUR – Euro

ha – Hektar

m<sup>3</sup> – Kubikmeter

LF – Landwirtschaftlich genutzte Fläche

Mill. – Millionen

Mrd. – Milliarden

VZÄ – Vollzeitäquivalente

## Zeichenerklärung

0 In Schaubildern: Zahlenwert genau null

0 In Tabellen: Weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts

– Nichts vorhanden (genau null)

. Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten

X Nachweis nicht sinnvoll

Abweichungen in den Summen erklären sich durch Runden der Zahlen

## Fläche

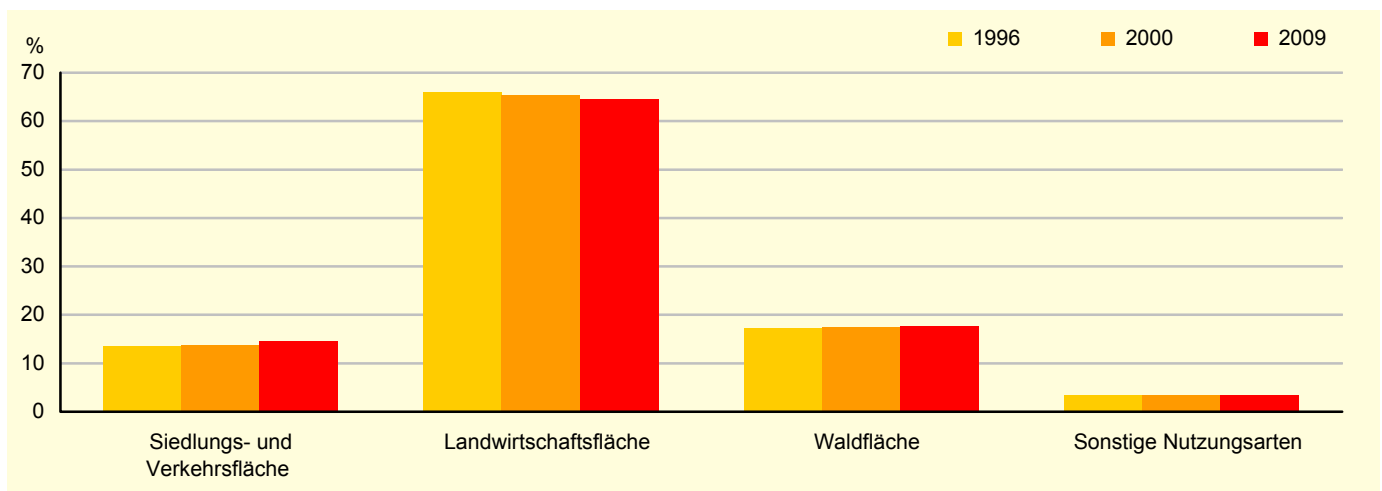
Die Landesfläche von Baden-Württemberg umfasst aktuell 35 751 km<sup>2</sup>. Drei Besonderheiten hat der Südweststaat: mit Büsingen am Hochrhein (Landkreis Konstanz), die einzige Gemeinde Deutschlands, die eine Exklave und gänzlich von der Schweiz umgeben ist. Der Gutsbezirk Münsingen, gemeindefrei und bewohntes Gebiet im Landkreis Reutlingen, über dessen Auflösung und Eingliederung in die umliegenden Gemeinden derzeit verhandelt wird. Die dritte Besonderheit ist der Grundbesitz Rheinau, der gemeindefrei und unbewohnt im Ortenaukreis mit einer Größe von 10 km<sup>2</sup> liegt. Das Gebiet ist in der anfangs angegebenen Gebietsgröße des Landes berücksichtigt.

Der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der gesamten Bodenfläche in Baden-Württemberg beträgt mit gut 503 000 ha rund 14 %. Die tägliche Flächeninanspruchnahme für Baumaßnahmen in den Bereichen Wohnen, Gewerbe, Industrie und Straßen erreichte im Jahr 2009 den Umfang von 7,0 ha und ist damit gegenüber den Vorjahren weiter zurückgegangen. Die Gebäude- und Freiflächen nehmen dabei mit 54 % den größten Anteil an der Siedlungs- und Verkehrsfläche des Landes ein. Unter den Gemeinden schwanken die einzelnen Arten der Flächennutzung erheblich: so hat Bad Rippoldsau-Schapbach im Landkreis Freudenstadt mit 91 % den höchsten Anteil an Waldfläche, Kornwestheim im Landkreis Ludwigsburg mit 61 % den höchsten Anteil an Siedlungs- und Verkehrsfläche an der jeweiligen Bodenfläche.

### Siedlungs- und Verkehrsfläche in der Gemeinde

Nutzungsart	Gemeinde				Im Vergleich zum Land	
	2000		2009		2009	
	ha	%	ha	%	ha	%
<b>Fläche insgesamt</b>	<b>4 621</b>	<b>100,0</b>	<b>4 621</b>	<b>100,0</b>	<b>3 575 145</b>	<b>100,0</b>
Siedlungs- und Verkehrsfläche	633	13,7	673	14,6	502 954	14,1
darunter						
Gebäude- und Freifläche	229	5,0	260	5,6	269 953	7,6
Betriebsfläche ohne Abbauland	6	0,1	6	0,1	4 345	0,1
Verkehrsfläche	388	8,4	390	8,4	195 096	5,5
Erholungsfläche	10	0,2	16	0,3	30 068	0,8
Friedhofsfläche	1	–	1	–	3 493	0,1

### Flächennutzung in der Gemeinde



## Bevölkerung

Die Entwicklung der Einwohner und insbesondere deren Struktur haben maßgeblichen Einfluss auf die Kommunen, unter anderem bei der Planung von Kindergärten, Schulen und Pflegeeinrichtungen oder der Ausweisung von Bauland. Die Zahl der Baden-Württemberger stieg in den Jahren nach der Wiedervereinigung bis zum Jahr 2007 weiter bis auf 10,75 Mill. an. Die letzten zwei Jahre kam es jedoch erstmals wieder zu einem Rückgang der Einwohnerzahl auf einen Stand von 10,74 Mill. Einwohner Ende 2009. Da seit 2006 auch im Südwesten mehr Menschen sterben als geboren werden, reichen die Zuwanderungen nicht mehr aus, um dieses Defizit auszugleichen. Nur gut ein Drittel der 1 102 Gemeinden des Landes verzeichnete 2009 gegenüber dem Vorjahr einen Zuwachs der Einwohner, davon allerdings keine Kommune mehr als 5 %.

Die Baden-Württemberger waren Ende des Jahres 2009 durchschnittlich 42,5 Jahre alt. Zehn Jahre zuvor waren sie mit 40,0 Jahren noch 2,5 Jahre jünger. Die jüngste Bevölkerung im Land lebte 2009 in Wörnersberg im Landkreis Freudenstadt mit durchschnittlich 35,5 Jahren. Die im Landesvergleich älteste Kommune ist – nicht zuletzt aufgrund des dortigen Frauenklosters – Untermarchtal, gelegen im Alb-Donau-Kreis mit 49,9 Jahren. Neben den regionalen Besonderheiten beeinflussen die Geburtenhäufigkeiten und die Zu- oder Fortzüge junger Familien mit kleinen Kindern das Altern einer Kommune.

### Bevölkerungsentwicklung seit 1871\*)

Jahr	Bevölkerung insgesamt	Davon		Einwohner je km <sup>2</sup>	Jahr	Bevölkerung insgesamt	Davon		Einwohner je km <sup>2</sup>
		männlich	weiblich				männlich	weiblich	
	Anzahl	%		Anzahl		Anzahl	%		Anzahl
1871	3 159	49	51	62	1990	4 119	49	51	89
1890	3 332	48	52	66	1994	4 543	49	51	98
1900	3 153	49	51	62	1998	4 788	50	50	104
1910	3 073	48	52	61	2002	5 147	49	51	111
1925	3 101	49	51	61	2003	5 161	50	50	112
1933	3 029	51	49	60	2004	5 256	50	50	114
1939	2 974	51	49	59	2005	5 269	50	50	114
1950	3 824	48	52	76	2006	5 241	49	51	113
1961	3 732	47	53	74	2007	5 224	50	50	113
1970	3 883	49	51	77	2008	5 242	50	50	113
1987	3 823	49	51	83	2009	5 223	50	50	113

### Geburten, Sterbefälle, Zu- und Fortzüge

Jahr	Natürliche Bevölkerungsbewegung					Wanderungen						Bevölkerungs- zu- (+) bzw. -abnahme (-)				
	Lebend- geborene	Ge- storbene	Geburtenüberschuss (+) bzw. -defizit (-)			Zuzüge	Fortzüge	Wanderungssaldo		insgesamt	je 1 000 Einwohner					
			insgesamt	je 1 000 Einwohner	insgesamt			je 1 000 Einwohner								
	Anzahl															
2001	57	34	+	23	+	5	389	316	+	73	+	15	+	96	+	19
2002	58	33	+	25	+	5	378	305	+	73	+	14	+	98	+	19
2003	45	43	+	2		0	291	279	+	12	+	2	+	14	+	3
2004	61	40	+	21	+	4	396	322	+	74	+	14	+	95	+	18
2005	53	38	+	15	+	3	313	315	-	2		0	+	13	+	2
2006	39	41	-	2		0	267	291	-	24	-	5	-	26	-	5
2007	48	37	+	11	+	2	250	278	-	28	-	5	-	17	-	3
2008	43	43		0		0	347	329	+	18	+	3	+	18	+	3
2009	36	34	+	2		0	300	319	-	19	-	4	-	17	-	3

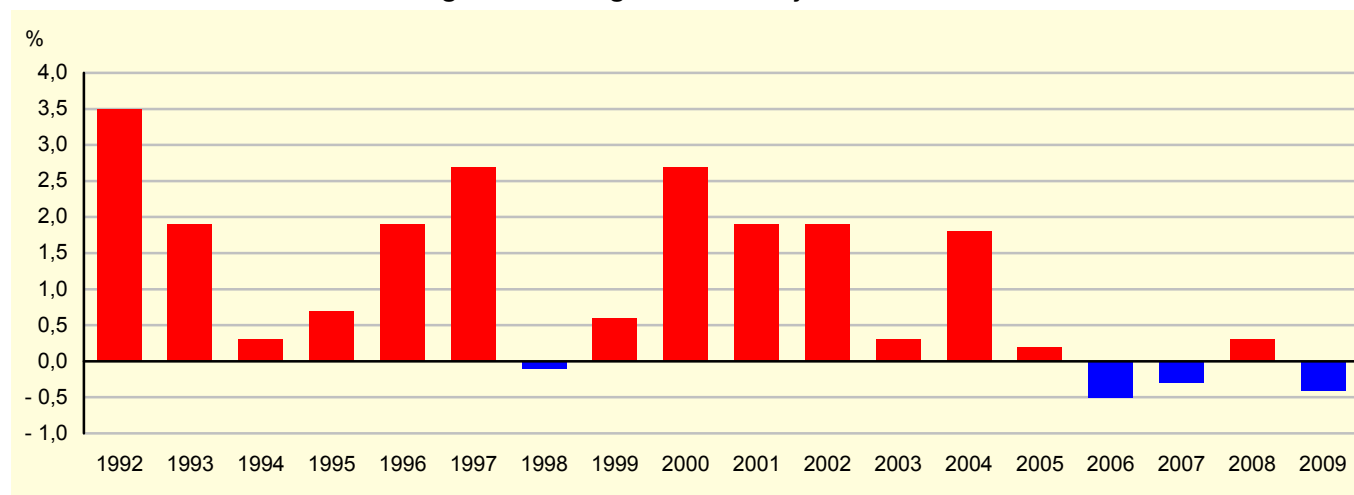
### Bevölkerungsstruktur 2009

Alter von ... bis unter ... Jahren	Bevölkerung insgesamt		Davon				Land zum Vergleich		
			männlich		weiblich		insgesamt	männlich	weiblich
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	%		
unter 3	138	3	74	3	64	2	3	3	2
3 – 6	152	3	74	3	78	3	3	3	3
6 – 15	568	11	321	12	247	9	9	10	9
15 – 18	217	4	111	4	106	4	3	3	3
18 – 25	495	9	259	10	236	9	8	9	8
25 – 40	961	18	485	19	476	18	19	19	18
40 – 65	1 862	36	935	36	927	36	36	37	35
65 – 75	449	9	220	8	229	9	11	11	11
75 und mehr	381	7	133	5	248	9	9	7	10
<b>Insgesamt</b>	<b>5 223</b>	<b>100</b>	<b>2 612</b>	<b>100</b>	<b>2 611</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>
<b>Durchschnittsalter in Jahren</b>									
	40,4		38,7		42,0		42,5	41,3	43,7

### Bevölkerungsstruktur 1999

Alter von ... bis unter ... Jahren	Bevölkerung insgesamt		Davon				Land zum Vergleich		
			männlich		weiblich		insgesamt	männlich	weiblich
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	%		
unter 3	167	3	86	4	81	3	3	3	3
3 – 6	177	4	105	4	72	3	3	3	3
6 – 15	624	13	314	13	310	13	10	11	10
15 – 18	196	4	90	4	106	4	3	3	3
18 – 25	389	8	194	8	195	8	8	8	8
25 – 40	1 078	22	558	24	520	21	24	25	23
40 – 65	1 504	31	770	32	734	30	32	33	32
65 – 75	384	8	163	7	221	9	9	8	9
75 und mehr	300	6	90	4	210	9	7	4	9
<b>Insgesamt</b>	<b>4 819</b>	<b>100</b>	<b>2 370</b>	<b>100</b>	<b>2 449</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>
<b>Durchschnittsalter in Jahren</b>									
	38,0		36,3		39,7		40,0	38,3	41,6

### Zu- bzw. Abnahme der Bevölkerungszahl im Vergleich zum Vorjahr



## Wahlen

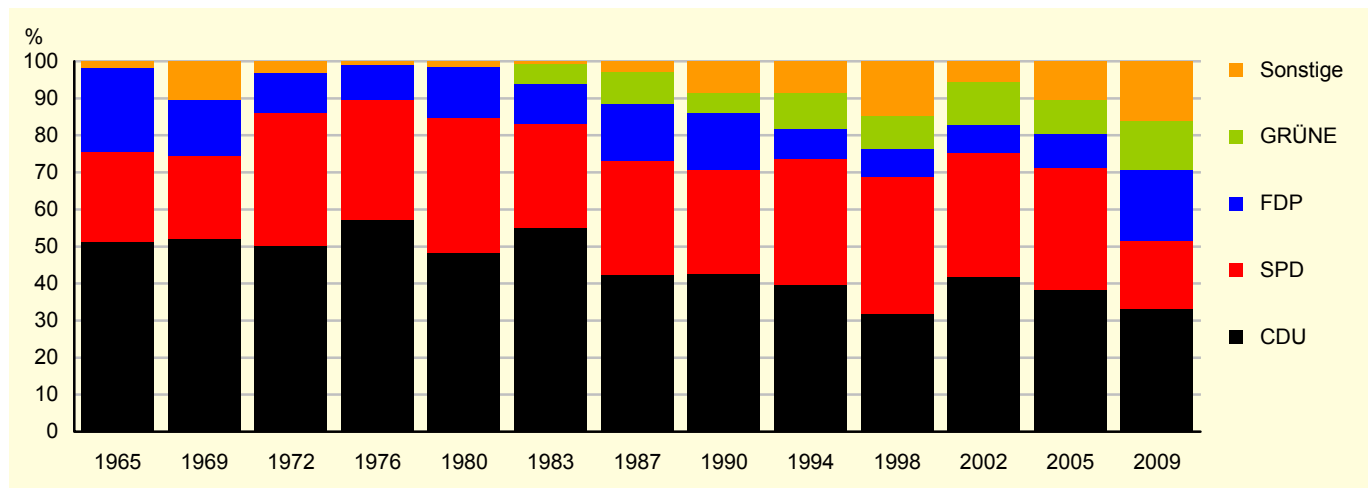
Einen sehr wichtigen Teil der Landesgeschichte und der politischen Kultur Baden-Württembergs stellen die verschiedenen Parlamentswahlen dar. Zwar gibt es durchaus regionale Unterschiede in den Wahlergebnissen im deutschen Südwesten. Jedoch erwies sich seit Bestehen des Landes die CDU sowohl bei Landtagswahlen als auch bei Bundestagswahlen und Europawahlen als stärkste Partei Baden-Württembergs. Zuletzt fanden im Jahr 2009 die Wahlen zum 17. Deutschen Bundestag statt. Die CDU lag hierbei mit einem Zweitstimmenanteil von 34,4 % erneut an erster Stelle, verlor jedoch gegenüber der Bundestagswahl 2005 4,8 Prozentpunkte. Die SPD kam auf 19,3 % der gültigen Zweitstimmen und musste damit ihr bislang niedrigstes Wahlergebnis bei einer Bundestagswahl im Land hinnehmen. Die FDP erreichte mit 18,8 % dagegen ihr mit Abstand bestes Wahlergebnis bei allen bisherigen Bundestagswahlen, ebenso wie die GRÜNEN mit 13,9 % der landesweit gültigen Zweitstimmen. Die LINKE kam auf 7,2 %.

Das Interesse der Baden-Württemberger an den Bundestagswahlen ist höher als das an anderen Wahlen. Die Wahlbeteiligung ging aber auch hier auf zuletzt 72,4 % weiter zurück. Nach den Ergebnissen der Repräsentativen Wahlstatistik sind unter den Wahlberechtigten immer mehr Ältere – der Anteil der 60-Jährigen und Älteren war 2009 mit knapp 33 % nahezu doppelt so hoch wie der der unter 30-jährigen Wahlberechtigten (16,9 %).

### Wahlergebnisse

Wahl	Briefwahl <sup>1)</sup>	Wahl- berechtigte	Wähler	Wahl- beteiligung	Stimmenanteile <sup>2)</sup>				
					CDU	SPD	GRÜNE	FDP	Sonstige
					% bzw. bei Veränderung Prozentpunkte				
Landtagswahl 2006	mit	3 925	1 829	46,6	39,0	26,4	9,0	14,2	11,4
Landtagswahl 2001	mit	3 652	2 149	58,8	34,7	32,2	6,5	16,0	10,7
Veränderung		+ 273	- 320	- 12,2	+ 4,3	- 5,8	+ 2,5	- 1,8	+ 0,7
Bundestagswahl 2009	mit	4 035	2 750	68,2	33,0	18,3	13,3	18,5	16,8
Bundestagswahl 2005	mit	3 904	2 829	72,5	38,4	33,2	9,2	9,1	10,1
Veränderung		+ 131	- 79	- 4,3	- 5,4	- 14,9	+ 4,1	+ 9,4	+ 6,7
Europawahl 2009	mit	3 998	2 011	50,3	34,0	23,3	11,9	14,4	16,3
Europawahl 2004	mit	3 824	2 021	52,9	44,0	20,7	12,6	6,5	16,2
Veränderung		+ 174	- 10	- 2,6	- 10,0	+ 2,6	- 0,7	+ 7,9	+ 0,1

### Stimmenanteile der Parteien bei den Bundestagswahlen



## Wohnen

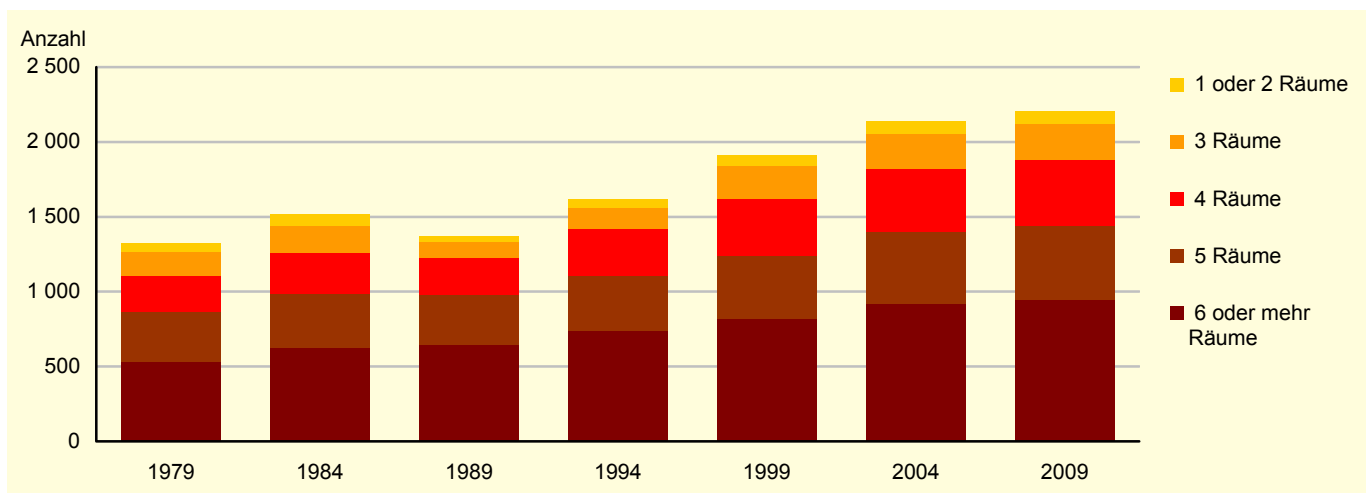
Trotz sinkender Bevölkerungszahl nahm im Jahr 2009 der Wohnungsbestand weiter zu. Die Tendenz zu kleineren Haushalten und nicht zuletzt die Verbesserung der Wohnverhältnisse führten zu einem Bestand von 2,32 Mill. Wohngebäuden und 4,98 Mill. Wohnungen in Baden-Württemberg. Durchschnittlich 92,1 m<sup>2</sup> umfasste dabei die Fläche einer Wohnung. Rein rechnerisch teilten sich 216 Einwohner 100 Wohnungen. Damit standen jedem Baden-Württemberger Ende 2009 42,7 m<sup>2</sup> Wohnfläche zur Verfügung. Zehn Jahre zuvor waren es noch 39,9 m<sup>2</sup>. Die Zahl der Errichtung neuer Wohngebäude und Wohnungen ist seit Mitte der 90er-Jahre rückläufig und erreichte 2009 mit rund 12 000 fertig gestellten Wohngebäuden einen neuen Tiefstand.

Ende 2009 gab es landesweit rund 58 % Einfamilienhäuser, 24 % Zweifamilienhäuser und gut 17 % Mehrfamilienhäuser. In der Regel ist der Anteil an Einfamilienhäusern in den eher ländlich strukturierten Bereichen des Landes höher als in verdichteten Gebieten, was nicht zuletzt auch auf die unterschiedlichen Baulandpreise zurückzuführen ist. Am höchsten ist der Anteil in den Gemeinden Guggenhausen (Landkreis Ravensburg) und Grundsheim (Alb-Donau-Kreis) mit jeweils 91 %, am niedrigsten in der Stadt Fellbach (Rems-Murr-Kreis) mit 27 %, gefolgt von der Landeshauptstadt Stuttgart mit knapp 31 %.

### Wohngebäude und Wohnungen

Jahr	Wohngebäude insgesamt	Davon mit ... Wohnungen						Wohnungen insgesamt <sup>1)</sup>	Einwohner je 100 Wohnungen	Wohnfläche je Einwohner
		1		2		3 und mehr				
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%			
1991	1 095	798	73	262	24	35	3	1 482	289	37
1993	1 135	816	72	272	24	47	4	1 584	286	37
1995	1 176	835	71	280	24	61	5	1 700	269	39
1997	1 244	880	71	289	23	75	6	1 847	260	40
1999	1 282	907	71	295	23	80	6	1 909	252	42
2001	1 364	973	71	306	22	85	6	2 038	248	43
2003	1 408	1 007	72	314	22	87	6	2 095	246	43
2005	1 456	1 039	71	328	23	89	6	2 161	244	44
2007	1 474	1 052	71	333	23	89	6	2 185	239	45
2009	1 488	1 061	71	338	23	89	6	2 202	237	45

### Bestand an Wohnungen nach der Raumzahl



## Bildung

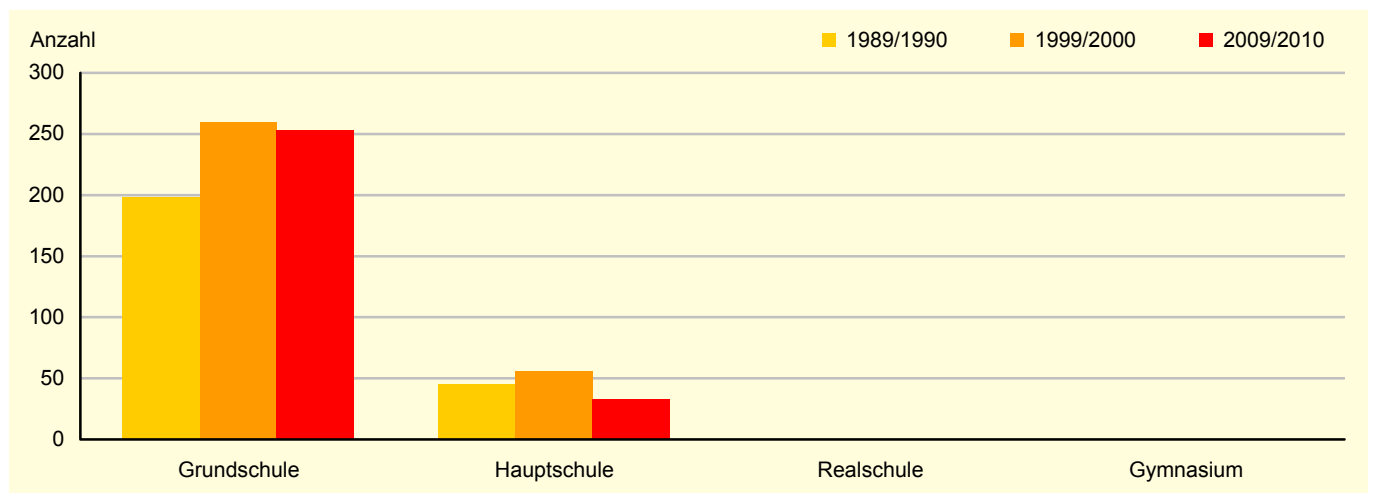
Baden-Württemberg besitzt ein nahezu flächendeckendes Angebot an öffentlichen Grund-, Werkreal-, Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien. Darüber hinaus gibt es zur Förderung benachteiligter Schülerinnen und Schüler ein differenziertes Sonderschulwesen. In einigen dieser sonderpädagogischen Bildungsgänge können auch die Abschlüsse der allgemeinen Schulen erworben werden. Nach einem Rückgang der Schülerzahlen in den 80er-Jahren war seit den 90er-Jahren im Land wieder ein Anstieg zu beobachten. Im Schuljahr 2003/04 wurde mit gut 1,3 Mill. Schülerinnen und Schülern an den allgemeinbildenden Schulen ein Maximum erreicht. Seitdem hat sich die Schülerzahl auf knapp 1,23 Mill. im Schuljahr 2009/10 verringert. Bis 2020 dürfte die Zahl weiter auf weniger als eine Million absinken. Schon 2009 wurden weniger Kinder eingeschult als in den Jahren zuvor, was sich in einigen Jahren auf die weiterführenden Schulen auswirken wird. Auf der anderen Seite werden stärkere Jahrgänge aus dem Schulsystem herauswachsen.

Gut 4 200 allgemeinbildende Schulen gab es im Schuljahr 2009/10 in Baden-Württemberg, einschließlich der Abendgymnasien, Abendrealschulen und Kollegs. Dabei können auch mehrere Schularten unter einem Dach untergebracht sein. 436 und damit gut jede zehnte Schule stand unter privater Trägerschaft. Darunter waren 56 Freie Waldorfschulen.

### Allgemeinbildende Schulen Schuljahr 2009/2010

Schularten	Öffentliche und private Schulen insgesamt <sup>1)</sup>	Schüler an öffentlichen und privaten Schulen insgesamt	Darunter öffentliche Schulen					
			Schüler zusammen	und zwar		Schüler je Klasse <sup>2)</sup>	Zum Vergleich: Schuljahr 1999/2000	
				weiblich	ausländisch		Schüler zusammen	Schüler je Klasse <sup>2)</sup>
			Anzahl	%		Anzahl		
Grundschulen	1	253	253	39	1	21	260	24
Hauptschulen	1	33	33	48	–	17	56	19
Sonderschulen	1	54	54	.	.	6	55	6
Realschulen	–	–	–	–	–	–	–	–
Gymnasien	–	–	–	.	.	–	–	–
Freie Waldorfschulen	–	.	.	.	.	.	.	.
Andere Schularten <sup>3)</sup>	–	–	–	–	–	–	–	–
<b>Insgesamt</b>	<b>3</b>	<b>340</b>	<b>340</b>	.	.	<b>X</b>	<b>371</b>	<b>X</b>

### Entwicklung der Schülerzahlen an ausgewählten allgemeinbildenden Schulen



## Beschäftigung und Arbeitsmarkt

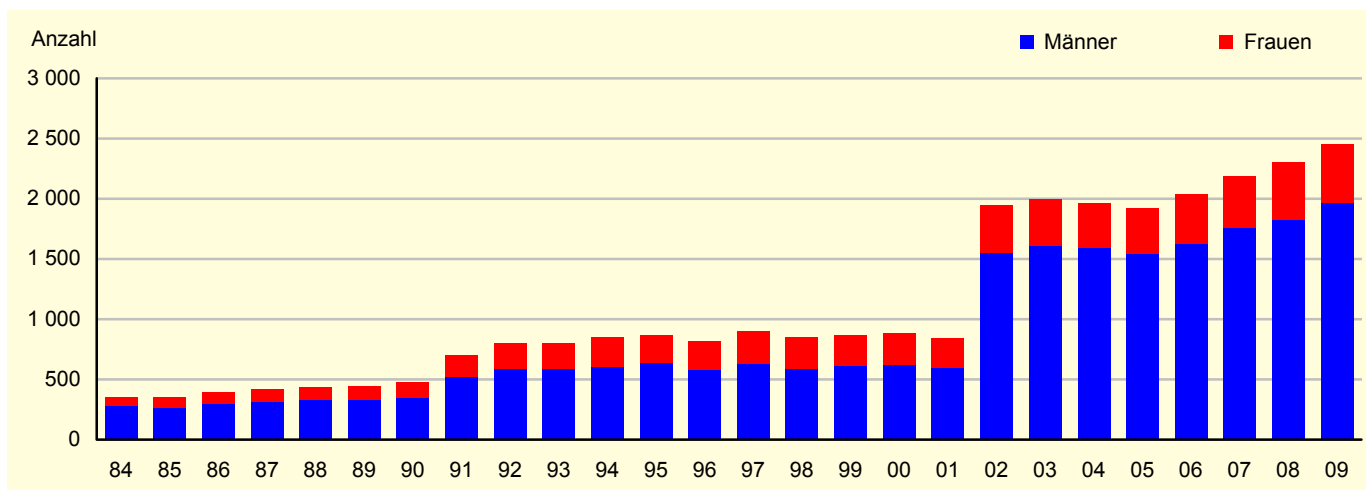
Zur Jahresmitte 2009 waren im Land rund 3,85 Mill. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Dies sind knapp 1 % und damit rund 36 700 weniger als ein Jahr zuvor. Die Vollzeitbeschäftigung verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 1,8 %, während die Teilzeitbeschäftigung dagegen um 3,3 % auf rund 694 000 Personen zunahm. Mit 18 % an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt wurde damit ein neuer Höchststand erreicht. Vom Rückgang der Beschäftigtenzahlen war 2009 insbesondere das Produzierende Gewerbe betroffen. Um 36 200 Personen bzw. 2,3 % ging hier die Zahl der Beschäftigten zurück. Im Dienstleistungsbereich waren mit zuletzt 2,35 Mill. fast genauso viele Personen wie im Vorjahr tätig. Der Rückgang der Beschäftigten insgesamt betraf mehr Männer als Frauen, da Männer häufiger in Vollzeit arbeiten und im Produzierenden Gewerbe tätig sind.

Aufgrund der weltweiten Wirtschaftskrise stieg die Zahl der Arbeitslosen 2009 in Baden-Württemberg an. Im Jahreschnitt waren knapp 285 000 Personen ohne Arbeit und damit 24 % mehr gegenüber dem Vorjahr. Allein die Zahl der unter 25-Jährigen, die etwa ein Zehntel der Arbeitslosen darstellen, nahm um 42 % gegenüber dem Vorjahr zu. Die Zahl der 55-jährigen und älteren Arbeitslosen nahm um 31 % auf 42 700 zu. Seit Mai des Jahres 2010 hat sich die Arbeitsmarktlage wieder gebessert.

### Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, sowie Arbeitslose\*)

Jahr (30.6.)	Beschäftigte		Und zwar <sup>1)</sup>				Arbeits- lose insgesamt	Und zwar		
	ins- gesamt	je 1 000 Ein- wohner	Frauen	Produ- zierendes Gewerbe	Handel, Gast- gewerbe, Verkehr	Sonstige Dienst- leistungen		Frauen	unter 25 Jahre	55 Jahre und älter
1985	350	95	24	77	2	16	.	.	.	.
1990	482	118	27	73	9	17	.	.	.	.
1995	866	188	27	51	34	14	.	.	.	.
2000	886	180	30	52	35	12	88	56	11	19
2005	1 917	365	20	85	8	7	130	49	18	7
2006	2 033	386	20	85	7	8	116	53	16	9
2007	2 186	416	20	83	9	7	95	53	9	12
2008	2 302	438	21	82	11	7	79	53	11	15
2009	2 453	469	20	82	11	6	101	45	15	17

### Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Geschlecht



## Landwirtschaft

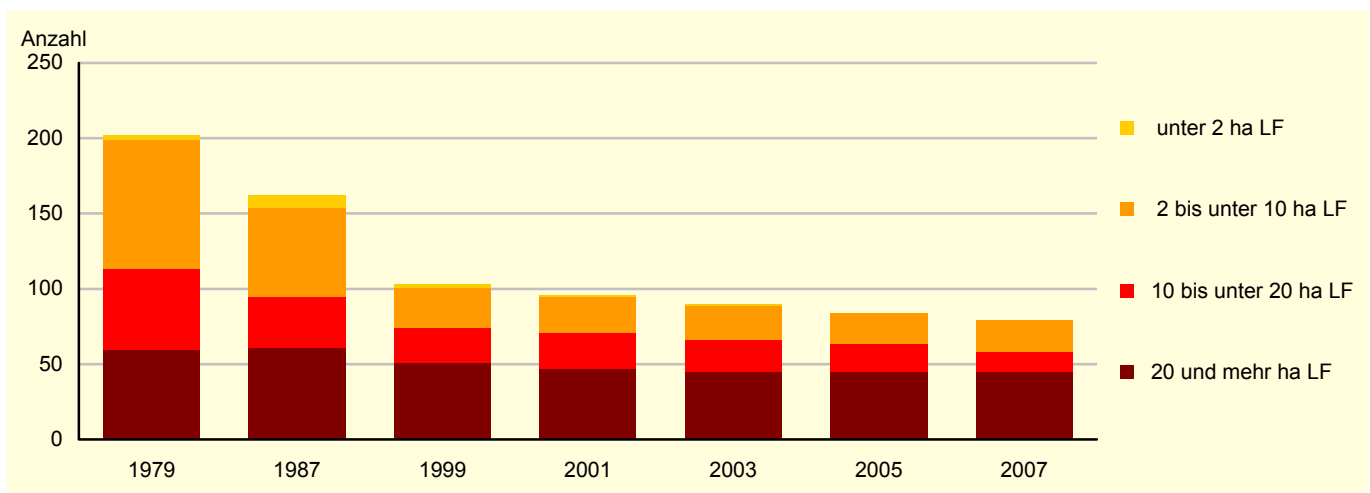
Die tief greifenden Strukturveränderungen in der Landwirtschaft führten in den vergangenen Jahrzehnten auf der einen Seite zu einem deutlichen und steten Rückgang der Zahl der Betriebe. Auf der anderen Seite stieg die durchschnittliche Betriebsgröße. 2007 wurden in Baden-Württemberg insgesamt 57 049 Betriebe gezählt. 17 Jahre zuvor war deren Zahl im Land noch doppelt so hoch. Die Betriebsgröße betrug zu Beginn der 90er-Jahre noch 12,5 ha je Betrieb. Zuletzt ist diese Größe auf 25,2 ha gestiegen. Der Strukturwandel ist Ausdruck eines Anpassungsprozesses vor dem Hintergrund technischer Fortschritte und sich verändernder wirtschaftlicher Rahmenbedingungen, eingebettet in eine europäische Agrarpolitik.

Landesweit wurde im Jahr 2007 eine Fläche von knapp 1,4 Mill. ha landwirtschaftlich genutzt, davon 58 % als Ackerland und 38 % als Dauergrünland. Etwa 3 % der Fläche entfielen auf Dauerkulturen, beispielsweise Rebland oder Obstbauflächen. Die Agrarlandschaft in Baden-Württemberg ist von großen naturräumlichen Unterschieden geprägt, was sich in den zahlreichen Betriebsformen, Produktionsverfahren und auch Sonderkulturen wie zum Beispiel Tabak, Hopfen oder Spargel widerspiegelt. Derzeit werden die Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010 ausgewertet, aktuelle Ergebnisse auf regionaler Ebene werden voraussichtlich ab Mitte 2011 zur Verfügung stehen.

### Landwirtschaft\*)

Jahr <sup>1)</sup>	Landwirtschaftliche Betriebe insgesamt	Darunter Haupterwerbsbetriebe	Landwirtschaftlich genutzte Fläche insgesamt	Darunter			Durchschnittliche Betriebsgröße	Viehhaltung			
				Ackerland	Dauergrünland	Dauerkulturen		Rinder		Schweine	
								insgesamt	je Halter	insgesamt	je Halter
Anzahl		ha	%			ha	Anzahl				
1983	186	93	2 909	50	50	.	16	4 354	27	6 038	37
1987	162	82	2 818	53	47	-	17	4 261	32	7 355	52
1995	119	59	2 707	56	44	.	23	3 596	38	7 468	90
1999	103	53	2 717	56	44	-	26	3 268	42	8 413	153
2001	96	.	2 814	57	43	-	29	3 331	49	10 449	222
2003	90	41	2 792	58	42	-	31	3 229	55	10 139	253
2005	84	.	2 707	59	41	-	32	.	.	.	.
2007	79	31	2 675	60	40	.	34	2 880	58	8 352	278

### Landwirtschaftliche Betriebsgrößenstruktur



### Gemeindefinanzen und Personal

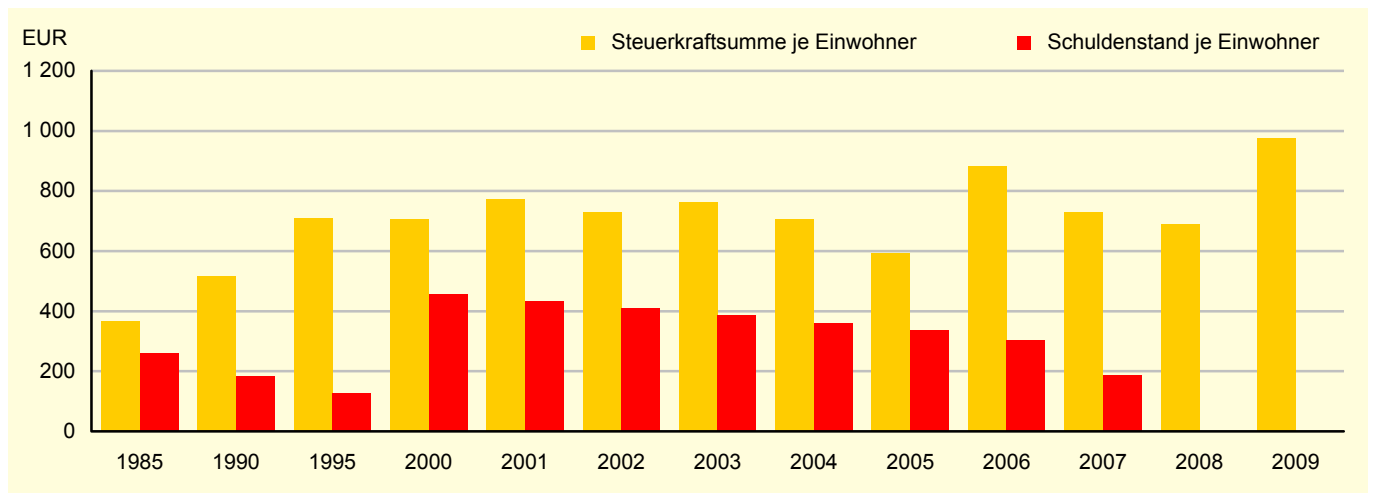
In den Jahren vor 2009 hatten sich die Rahmenbedingungen für die Gemeinden aufgrund der günstigen Wirtschaftsentwicklung im Land deutlich verbessert. Hohe Zuwächse bei der Gewerbesteuer und dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer standen moderaten Zunahmen bei den Ausgaben gegenüber. Die weltweit angespannte wirtschaftliche Situation im Jahr 2009 hinterließ allerdings auch bei den Gemeindefinanzen im Südwesten ihre Spuren: Die Einnahmen insgesamt lagen mit 21 Mrd. Euro um 1,6 Mrd. unter dem Niveau des Vorjahres (- 7,2 %). Mit einem Rückgang von nahezu 25 % brachen darunter insbesondere die Einnahmen aus der Gewerbesteuer ein. Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ging um 11,7 % zurück. Die Ausgaben der Gemeinden im Land stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 11 % auf rund 24 Mrd. Euro.

Die kommunalen Schulden am Kreditmarkt, das heißt die der Kernhaushalte und der Eigenbetriebe, nahmen 2009 gegenüber dem Vorjahr um 2,1 % auf 9,5 Mrd. Euro zu. Die Pro-Kopf-Verschuldung lag damit landesweit bei rund 883 Euro. 114 der 1 102 Gemeinden Baden-Württembergs hatten Ende 2009 keine Schulden am Kreditmarkt. Bei zeitlichen und interkommunalen Vergleichen ist jedoch zu bedenken, dass in den letzten Jahren verstärkt wirtschaftliche Aktivitäten der Gemeinden in formal privatisierte aber noch durch die Gemeinde kontrollierte Betriebe überführt wurden.

### Gemeindefinanzen\*) und Gemeindepersonal

Jahr	Steuerkraftmesszahl		Steuerkraftsumme		Schuldenstand <sup>1)</sup>		Personalstand	
	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	Vollzeit-äquivalente
	1 000 EUR	EUR	1 000 EUR	EUR	1 000 EUR	EUR	Anzahl	
1980	450	127	1 223	346	309	86	27	.
1985	682	187	1 339	366	955	260	32	.
1990	983	250	2 034	517	756	185	37	.
1995	2 242	493	3 235	711	590	128	46	.
2000	2 045	426	3 383	705	2 244	456	58	45
2005	2 588	497	3 088	593	1 777	338	57	43
2006	3 937	749	4 632	882	1 599	304	58	43
2007	3 097	588	3 844	730	989	188	58	44
2008	3 505	667	3 612	688	0	0	58	44
2009	4 255	809	5 129	976	0	0	58	44

### Steuerkraftsumme und Schuldenstand



### Wasserwirtschaft

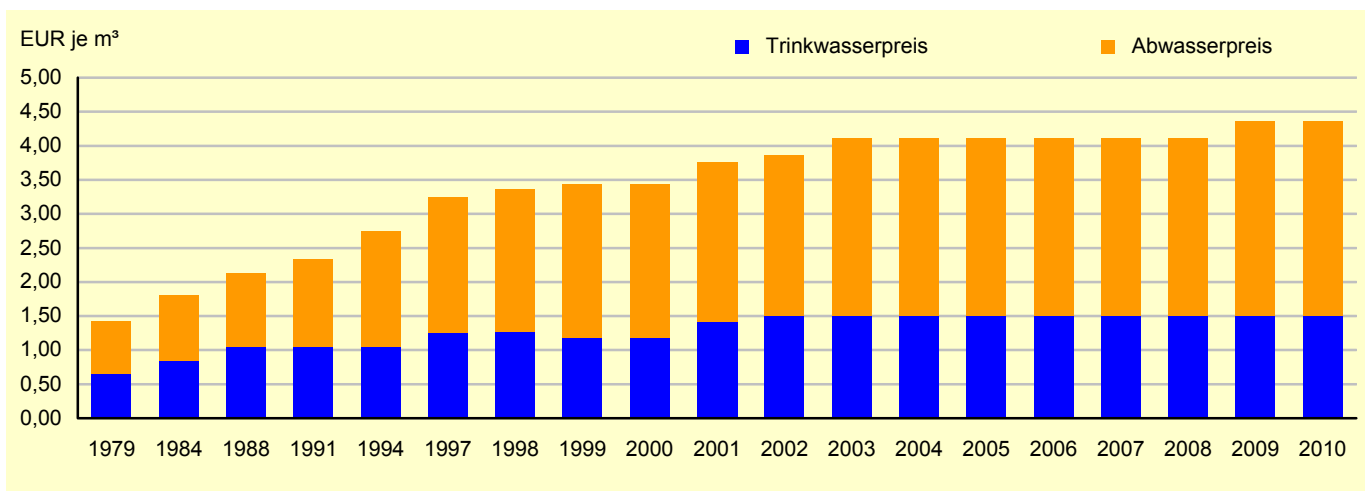
In Baden-Württemberg wurden 2007 insgesamt rund 5,0 Mrd. m<sup>3</sup> Wasser für die Nutzung als Trink- und Brauchwasser für Bewässerungs- und Kühlzwecke bzw. als Produktionswasser benötigt. Nach den Ergebnissen der dreijährlich durchgeführten Erhebungen zur Wasserwirtschaft wurden davon 658 Mill. m<sup>3</sup> (13 %) durch die öffentliche Wasserversorgung gewonnen, zumeist als Grund- oder Quellwasser (71 %). Die Trinkwasserabgabe an Letztverbraucher betrug 2007 rund 567 Mill. m<sup>3</sup>. Der durchschnittliche tägliche Wasserverbrauch von Haushalten und Kleingewerbe ging landesweit noch mal deutlich auf 116 Liter je Einwohner zurück, 1975 lag der Pro-Kopf-Verbrauch noch bei 156 Liter. Höhere Preise, aber auch ein gestärktes Umweltbewusstsein, haben das Verbraucherverhalten verändert. Ebenfalls eine Rolle spielt die Entwicklung von Wasser sparenden Technologien.

Der durchschnittliche Kubikmeterpreis für Trink- und Abwasser lag zum 01. Januar 2010 bei 4,16 Euro. Davon entfallen 1,91 Euro auf den Kubikmeter Trinkwasser und 2,25 Euro auf den Kubikmeter Abwasser. Insgesamt 29 der 1 102 Gemeinden in Baden-Württemberg erheben ausschließlich eine gesplittete Abwassergebühr. Die Gebühr für die Entsorgung und Behandlung von Abwasser beträgt dabei durchschnittlich 1,57 Euro je m<sup>3</sup> Schmutzwasser und 0,62 Euro je m<sup>2</sup> Niederschlagswasser.

### Öffentliche Wasserversorgung und Wasserpreise

Jahr	Wassergewinnung insgesamt	Leitungsverluste <sup>1)</sup>	Wasserabgabe an Letztverbraucher			Trinkwasserpreis	Abwasserpreis	Gesamtpreis <sup>2)</sup>	
			insgesamt	darunter an Haushalte und Kleingewerbe	täglicher Pro-Kopf-Verbrauch				
									1 000 m <sup>3</sup>
						EUR je m <sup>3</sup> <sup>3)</sup>			
1979	–	–	241	186	77	143	0,66	0,77	1,43
1987	–	35	211	134	64	96	0,92	1,07	1,99
1991	–	51	248	160	65	103	1,05	1,28	2,33
1995	–	26	260	181	70	109	1,12	1,74	2,86
1998	–	44	302	210	70	121	1,26	2,10	3,36
2001	–	71	290	202	70	110	1,41	2,35	3,76
2004	–	27	321	224	70	117	1,50	2,60	4,10
2007	–	33	300	182	61	96	1,50	2,60	4,10
2009	.	.	.	.	.	.	1,50	2,85	4,35

### Kubikmeterpreise für Trink- und Abwasser\*)



## Verkehr

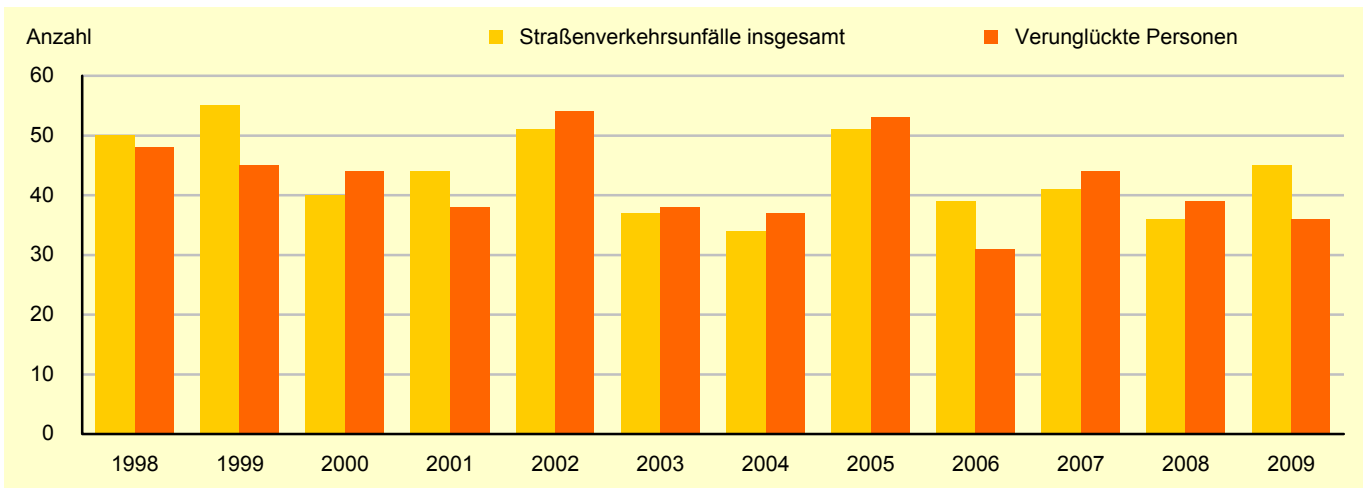
Knapp 6,9 Mill. Kraftfahrzeuge (Kfz) waren 2009 in Baden-Württemberg zugelassen. Seit 2008 werden die Fahrzeuge mit einer vorübergehenden Stilllegung bzw. Außerbetriebsetzung nicht mehr aufgeführt, was kurz zu einem methodisch bedingten Rückgang führte. Dennoch war der Kfz-Bestand vor mehr als 30 Jahren nur halb so hoch wie heute. Rund 82 % des Bestands nahmen die Personenkraftwagen (Pkw) ein, deren Zahl sich 2009 bei knapp 5,7 Mill. bewegte. Damit kamen rein rechnerisch auf 1 000 Baden-Württemberger 527 Pkw. Urban geprägte Gebiete mit einer hohen Bevölkerungsdichte verfügen zumeist über eine gut ausgebaute Infrastruktur hinsichtlich des Personennahverkehrs. In ländlicheren Gebieten ist die Pkw-Dichte demzufolge höher. Ebenfalls eine Rolle spielen gewerblich zugelassene Fahrzeuge von größeren Unternehmen. Die geringste Pkw-Dichte mit 368 Pkw je 1 000 Einwohner weist Schwarzbach auf (Neckar-Odenwald-Kreis). Direkt danach folgen die Universitätsstädte Freiburg im Breisgau und Heidelberg mit 369 bzw. 373 Pkw je 1 000 Einwohner.

Mit rund 47 000 verunglückten Personen bei Straßenverkehrsunfällen wurde 2009 ein neuer Tiefstand in Baden-Württemberg erreicht. Das trifft auch auf die Zahl der bei Unfällen Getöteten zu. Insgesamt ging die Gesamtzahl der Unfälle mit Personen- bzw. schwerem Sachschaden um knapp 5 % auf 51 800 zurück.

### Kraftfahrzeuge\*) und Straßenverkehrsunfälle

Jahr <sup>1)</sup>	Kraftfahrzeugbestand			Pkw je 1 000 Einw.	Straßenverkehrsunfälle <sup>2)</sup>		Verunglückte Personen	Darunter	
	insgesamt	darunter			insgesamt	darunter mit Personenschaden		Getötete	Schwerverletzte
		Pkw	Krafträder <sup>3)</sup>						
Anzahl									
1991	2 713	2 169	148	521	72	41	69	–	15
1995	3 259	2 503	223	542	38	12	20	–	9
1999	3 596	2 721	288	567	55	33	45	–	13
2003	4 157	3 176	311	617	37	25	38	1	5
2004	4 367	3 347	330	649	34	23	37	1	4
2005	4 516	3 440	330	654	51	37	53	1	14
2006	4 631	3 551	341	674	39	23	31	–	2
2007	4 804	3 668	353	700	41	25	44	3	11
2008	4 381	3 279	303	628	36	24	39	1	14
2009	4 479	3 296	324	629	45	30	36	1	7

### Straßenverkehrsunfälle und verunglückte Personen



## Fußnoten

### Gemeindedaten im Überblick und Vergleich

- 1) Siehe unter Wohnen, Fußnote 1).
- 2) Im Schuljahr 2009/10. Die Schülerzahlen werden für den Standort der jeweiligen Schule nachgewiesen.
- 3) Siehe unter Beschäftigte und Arbeitsmarkt, Fußnote\*) .
- 4) Siehe unter Verkehr, Fußnote 2).

### Bevölkerung

- \*) Bis 1987 Volkszählungsergebnisse; von 1990 bis 2009 Bevölkerungsfortschreibung jeweils zum 31. Dezember des Jahres.

### Wahlen

- 1) Bei Gemeinden ohne eigene Briefwahl: für die jeweilige Wahl ist hier das Ergebnis ohne Briefwähler nachgewiesen. Die Wahlbeteiligung ist in diesen Fällen wie folgt errechnet: Verhältnis der Wähler ohne Wahlschein zu den Wahlberechtigten ohne Wahlschein.
- 2) Bei Bundestagswahlen – Zweitstimmenanteil.

### Wohnen

- 1) Wohnungen in Wohngebäuden und Nichtwohngebäuden.

### Bildung

- 1) Öffentliche und private allgemeinbildende Schulen. Angegeben wird nicht die Anzahl der organisatorischen Einheiten einer Schulart, sondern die Anzahl der jeweils vorhandenen Schulgliederungen. Stand: Schuljahr 2009/10.
- 2) Bei Gymnasien: 5. bis 11. Klassenstufe.
- 3) Andere Schularten: Schulen besonderer Art (ehemals Gesamtschulen), Orientierungsstufe.

### Beschäftigte und Arbeitsmarkt

- \*) Datenquelle: Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit, Stichtag jeweils der 30.06 des Jahres. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort. Eventuelle Einbrüche der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Jahr 1984 sind auf den Metallarbeiterstreik zurückzuführen. Arbeitslose Jahresdurchschnitte.

- 1) Wirtschaftssystematik:
  - bis zum Stichtag 30.06.1998 Verzeichnis der Wirtschaftszweige für die Statistik der Bundesagentur für Arbeit
  - Ausgabe 1983 (WS73)
  - Stichtag 30.09.1998 bis 31.03.2003 Klassifikation der Wirtschaftszweige 1993 (WZ 1993)
  - Stichtag 30.06.2003 bis 31.12.2007 Klassifikation der

Wirtschaftszweige Ausgabe 2003 (WZ 2003)

- seit 31.03. 2008 Klassifikation der Wirtschaftszweige Ausgabe 2008, WZ 2008

Durch die Umstellung auf die verschiedenen Wirtschaftssystematiken sind Daten einzelner Wirtschaftszweige auch bei gleichlautenden Bezeichnungen nur bedingt vergleichbar und es können Brüche in der Zeitreihe auftreten.

### Landwirtschaft

- \*) Ergebnisse der allgemeinen Bodennutzungshaupterhebung; Betrieblicher Flächennachweis.
- 1) Durch Anhebung der Erfassungsgrenze sowie methodische Veränderungen sind die Angaben ab 1999 mit denen der Vorjahre nur eingeschränkt vergleichbar.

### Öffentliche Finanzen und Personal

- \*) Bis 2001: in Euro umgerechnete DM-Werte. Einwohner: Bevölkerungsfortschreibung jeweils zum 30.06. des Jahres.
- 1) Schuldenstand: Kreditmarktschulden der Kernhaushalte und Eigenbetriebe jeweils zum 31.12. des Jahres ohne Schulden der rechtlich selbstständigen kommunalen Einrichtungen und Unternehmen.

### Wasserwirtschaft

- \*) Wenn keine Gesamtabwassergebühr nachgewiesen wird, handelt es sich um eine Gemeinde, die gesplittete Abwassergebühren erhebt (für Niederschlagswasser und Schmutzwasser).
- 1) Leitungsverluste einschließlich Wasserwerkseigenverbrauch.
  - 2) Enthalten sind nur die Kubikmetergebühren
  - 3) Stichtag ist jeweils der 1. Januar; Preise bis 2001: DM in Euro umgerechnet.

### Verkehr

- \*) Datenquelle: Kraftfahrtbundesamt.
- 1) Erhebungsmonat bis 2000: 01. Juli des Jahres; ab 2001: 01. Januar des Jahres. Ab 2006: Mit der Umsetzung der EU-Richtlinie 1999/37/EG werden auch Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung (Wohnmobile, Krankenwagen, Bestattungswagen und Beschussgeschützte Fahrzeuge) zu den Personenkraftwagen gezählt. Ab 2008: Nur noch angemeldete Fahrzeuge OHNE vorübergehende Stilllegungen/Außerbetriebsetzungen.
  - 2) Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden bzw. schwerwiegender Unfall mit Sachschaden.
  - 3) Krafträder einschließlich Leichtkrafträder.

## Erläuterungen und Definitionen

### Beschäftigte, sozialversicherungspflichtige

Zu diesem Personenkreis zählen alle Arbeitnehmer einschließlich der zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten, die kranken-, renten-, pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig nach dem Recht der Arbeitsförderung sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile nach dem Recht der Arbeitsförderung zu entrichten sind. Ausschließlich geringfügig entlohnte Personen, die nur wegen der gesetzlichen Neuregelung zum Stichtag 1. April 1999 in den Kreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gelangt sind, werden dabei nicht nachgewiesen. Generell werden Beschäftigtendaten am Arbeitsort oder am Wohnort dargestellt. Die Daten in dieser Veröffentlichung enthalten die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort (Arbeitsplätze).

### Bevölkerung

Zur Bevölkerung zählen alle Personen, die in dem betreffenden Gebiet ihren ständigen Wohnsitz haben. Personen, die mehrere Wohnungen innehaben, werden der Bevölkerung der Gemeinde zugerechnet, in der sich die Hauptwohnung befindet. Nicht zur Bevölkerung zählen Angehörige der ausländischen Stationierungstreitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen mit Familienangehörigen.

### Fläche nach Art der tatsächlichen Nutzung

Die gegliederte Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung erfolgte in Abständen von vier Jahren, seit 2009 wird sie jährlich durchgeführt. Zugrunde gelegt werden die Daten der Liegenschaftskataster der Vermessungsämter. Zur Landwirtschaftsfläche gehören Flächen, die dem Ackerbau, der Wiesen- und Weidewirtschaft dem Gartenbau oder dem Weinbau dienen. Zur Landwirtschaftsfläche zählen auch Moor- und Heideflächen, Brachland sowie unbebaute landwirtschaftliche Betriebsflächen. Die Siedlungs- und Verkehrsfläche umfasst neben den bebauten und versiegelten Flächen ebenfalls nicht bebaute unversiegelte Flächen. Diese Fläche wird seit 2001 jährlich erhoben. Sie setzt sich aus folgenden Flächen zusammen: Gebäude- und Freifläche, Betriebsfläche ohne Abbau land (z.B. Kiesgruben), Erholungsfläche, Verkehrsfläche sowie der Friedhofsfläche.

### Haupterwerbsbetriebe

Bis zum Jahr 1995 entschied allein das Verhältnis von betrieblichem zu außerbetrieblichem Einkommen die Einstufung eines Betriebes als Haupt- bzw. Nebenerwerbsbetrieb. Betriebe ohne außerbetriebliches Einkommen des Betriebsinhabers und seines Ehegatten sowie Betriebe mit außerbetrieblichem Einkommen, in denen

das betriebliche Einkommen größer ist als das außerbetriebliche Einkommen, zählten zu den Haupterwerbsbetrieben. Seit 1997 bilden die Arbeitsleistung (ausgedrückt in Arbeitskraft-Einheiten) je Betrieb und das Verhältnis von betrieblichem zu außerbetrieblichem Einkommen die Grundlage für die Zuordnung zu den sozialökonomischen Betriebstypen. Danach gelten als Haupterwerbsbetriebe solche Betriebe, in denen

- das betriebliche Arbeitsvolumen, berechnet in Arbeitskraft-Einheiten, 1,5 AK-E und mehr beträgt,
- das betriebliche Arbeitsvolumen mindestens 0,75 und weniger als 1,5 AK-E beträgt und bei denen der Anteil des betrieblichen Einkommens am Gesamteinkommen des Betriebes 50 % und mehr beträgt bzw. kein außerbetriebliches Einkommen vorliegt.

### Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF)

Zur landwirtschaftlich genutzten Fläche zählen alle Flächen, die als Ackerland (einschließlich Erwerbsgartenbau), Dauergrünland, Haus- und Nutzgärten, Obstanlagen, Baumschulen, Rebland, Korbweiden-, Pappelanlagen und Weihnachtsbaumkulturen außerhalb des Waldes genutzt werden, einschließlich der stillgelegten sowie vorübergehend aus der landwirtschaftlichen Erzeugung genommenen Flächen.

### Letztverbraucher

im Sinne der Erhebung sind Haushalte, Kleingewerbe, Industriebetriebe und öffentliche Einrichtungen (wie Krankenhäuser, Bäder, Feuerwehr, öffentliche Grünanlagen und Schulen), mit denen der Wasserversorger das abgegebene Wasser unmittelbar abrechnet. Die Wasserabgabe von Wasserversorgungsunternehmen an Mitgliedsgemeinden ist keine Abgabe an Letztverbraucher, sondern Abgabe zur Weiterverteilung, sofern die Mitgliedsgemeinden die Wasserabrechnung mit den Letztverbrauchern selbst vornehmen.

### Pendler/Pendlersaldo

Als Pendler werden alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigte bezeichnet, deren betrieblicher Arbeitsplatz nicht mit der Wohnsitzgemeinde übereinstimmt. Nach der Richtung der Pendlerwanderung wird zwischen Auspendlern und Einpendlern unterschieden. Personen, die von der Wohnsitzgemeinde in eine andere Gemeinde zur Arbeit fahren, gelten als Auspendler. Betrachte man dieselben Pendler dagegen von den Zielgemeinden her, in denen die Arbeitsstätten liegen, so spricht man von Einpendlern.

In der Statistik werden die Pendlerströme nach dem Überschreiten der regionalen Gebietsgrenzen unterschieden. So wird getrennt nach Pendlern über die Gemeinde-, Kreis- und Landesgrenzen. Dabei werden die Pendler innerhalb dieser Grenzen nicht als Pendler ausgewiesen.

### Steuerkraftmesszahl

Die Steuerkraftmesszahl ist eine Komponente für die Berechnung der Schlüsselzuweisungen. Für die Gemeinden wird diese gebildet aus dem Aufkommen der Grundsteuer A und B sowie der Gewerbesteuer abzüglich der Gewerbesteuerumlage (jeweils umgerechnet auf einen landeseinheitlichen Hebesatz), weiter aus dem Gemeindeanteil an Einkommen- und Umsatzsteuer und den Zuweisungen im Rahmen des Familienleistungsausgleichs. Für alle genannten Werte sind die Aufkommen des zweitvorangegangenen Jahres maßgebend. Legaldefinition in § 6 Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich.

### Steuerkraftsumme

Die Steuerkraftsumme stellt die Berechnungsgrundlage für die Kreis- und Finanzausgleichsumlage dar. Für die Gemeinden setzt sich diese zusammen aus der Steuerkraftmesszahl zuzüglich der Schlüsselzuweisungen nach der mangelnden Steuerkraft und den Mehrzuweisungen jeweils des zweitvorangegangenen Jahres. Legaldefinition in § 38 Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich.

### Straßenverkehrsunfälle

Von der Polizei erfasste Unfälle, bei denen infolge des Fahrverkehrs auf öffentlichen Wegen und Plätzen Personen getötet oder verletzt oder Sachschäden verursacht worden sind. Als Beteiligte an einem Unfall werden alle Fahrzeugführer oder Fußgänger erfasst, die selbst – oder deren Fahrzeuge – Schäden erlitten oder hervorgerufen haben. Verunglückte Mitfahrer zählen somit nicht zu den Unfallbeteiligten. Verunglückte werden als Getötete nachgewiesen, wenn sie auf der Stelle getötet oder innerhalb von 30 Tagen nach dem Unfall an den Unfallfolgen gestorben sind und als Schwerverletzte, wenn sie stationär in einem Krankenhaus (mindestens 24 Stunden) behandelt wurden. Andere Verunglückte gelten als leicht verletzt.

### Vollzeitäquivalente

Die sogenannten Vollzeitäquivalente ergeben sich aus der Summe der Vollzeitbeschäftigten und der Teilzeitbeschäftigten, gewichtet mit ihrem tatsächlichen Arbeitszeitfaktor. Der Arbeitszeitfaktor gibt hierbei den Umfang

der vereinbarten Arbeitszeit, bezogen auf die Arbeitszeit eines Vollzeitbeschäftigten an. Bei Lehrkräften gilt die entsprechende Anzahl von Wochenlehrestunden. Die VZÄ stellen somit die Entwicklung der Beschäftigten unter Bereinigung der Veränderungen im Beschäftigungsumfang dar. Ihre Ermittlung mithilfe des Arbeitszeitfaktors ist erst seit 1997 möglich. In den Jahren zuvor wurden sie näherungsweise über die Formel  $VZÄ = \text{Vollzeit} + 0,75 \text{ T1-Beschäftigte} + 0,4 \text{ T2-Beschäftigte}$  berechnet, was tendenziell zu einer leichten Überschätzung der Anzahl führte.

### Wassergewinnung

Die Wassergewinnung umfasst die gesamte Wassermenge, die von den verschiedenen Wirtschaftsbereichen für unterschiedliche Nutzungen beispielsweise als Trinkwasser, Kühlwasser, Wasser zur Bewässerung oder zur Nutzung als Produktionswasser aus Gewässern (Oberflächengewässer, Grundwasser, Quellen) entnommen wird.

### Wohngebäude und Nichtwohngebäude

Wohngebäude sind Gebäude, die mindestens zur Hälfte (gemessen an der Gesamtnutzfläche) Wohnzwecken dienen. Ferien-, Sommer- und Wochenendhäuser rechnen ebenfalls dazu. Nichtwohngebäude sind Gebäude, die überwiegend für Nichtwohnzwecke (gemessen an der Gesamtnutzfläche) bestimmt sind, z.B. gewerbliche Betriebs- und Bürogebäude, Hochbauten der öffentlichen Hand.

### Wohnräume

Zu den Wohnräumen zählen alle Zimmer (Wohn- und Schlafräume mit sechs und mehr Quadratmeter Wohnfläche) und Küchen. Nicht als Zimmer gelten Nebenräume wie Abstellräume, Speisekammern, Flure, Badezimmer und Toiletten.



**Baden-Württemberg**

STATISTISCHES LANDESAMT

## So erreichen Sie uns

---

Statistisches Landesamt  
Baden-Württemberg  
Böblinger Straße 68  
70199 Stuttgart

Telefon 0711/641- 0 Zentrale  
Telefax 0711/641- 24 40  
poststelle@stala.bwl.de

[www.statistik-bw.de](http://www.statistik-bw.de)

Gerne beraten wir Sie auch persönlich.  
Rufen Sie uns an!

### Zentraler Auskunftsdienst

Ihre Anlaufstelle für alle aktuellen  
und historischen Statistiken für  
Baden-Württemberg, seine Regionen,  
Landkreise und Gemeinden  
Telefon 0711/641- 28 33, Telefax - 29 73

### Bibliothek

Die Präsenzbibliothek für alle  
Telefon 0711/641- 28 76, Telefax - 29 73

### Pressestelle

Etwa 400 Pressemitteilungen jährlich  
zu allen aktuellen Themen  
Telefon 0711/641- 24 51, Telefax - 29 40

### Vertrieb

Bestellung von Veröffentlichungen  
Telefon 0711/641- 28 66, Telefax - 13 40 62

### Kontaktzeiten

Montag bis Donnerstag 9.00 – 15.30 Uhr  
Freitag 9.00 – 12.00 Uhr



# Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Böblinger Straße 68 • 70199 Stuttgart • Telefon 0711/641-0 Zentrale • Telefax 0711/641-24 40  
poststelle@stala.bwl.de • www.statistik-bw.de